

# 2000 5000

# Alternative Liste

## ALTERNATIVE LISTE

### Zeitung für einen linken AStA

**Burschenschaften: Alter Wein in neuen  
Schläuchen** Seite 2

**Bildung im Kapitalismus: Von Ausbeu-  
tung bis Profitsteigerung** Seite 3

**Lieber gleich berechtigt als später:  
aber doch nicht an der Uni** Seite 4

**Unsere KandidatInnen. Alte und neue  
Bekanntes, alle auf** Seite 8

## Nazis stoppen!

### Auch am 9. Dezember in Köln

**Für den 9. Dezember haben führende Neonazis einen Aufmarsch in Köln angemeldet. Die Alternative Liste beteiligt sich an der Mobilisierung zu der antifaschistischen Demonstration und wird zusammen mit anderen AntifaschistInnen versuchen, die Nazi-Demo in Köln zu verhindern. Wir sollten dem erfolgreichen Beispiel vom 22. Mai 1999 folgen, als ein Nazi-Aufmarsch – der erste in Köln nach 1945 – gestoppt wurde.**

Seit den Brandanschlägen auf die Erfurter Synagoge im April dieses Jahres, auf die Synagoge in Düsseldorf im Umfeld des »Tages der deutschen Einheit« und dem Düsseldorfer Bombenanschlag auf Menschen, die zum Teil dem jüdischen Glauben angehörten, geben sich PolitikerInnen aller Parteien gerne als bekennende AntifaschistInnen aus. Darunter auch jene, die für die faktische Abschaffung des Asylrechts und die menschenverachtende Abschiebep Praxis von politisch Verfolgten mit verantwortlich sind. Antifaschismus heißt für sie, Gewalttaten generell zu verurteilen und Zivilcourage von den BürgerInnen zu fordern. Diese Rhetorik erinnert an die Reaktionen von PolitikerInnen im Zusammenhang mit den rassistischen Brandanschlägen Anfang der neunziger Jahre.

Hintergrund für dieses formale Bekenntnis zum Antifaschismus seitens der Politik ist das Bestreben, mit der gerade erzielten Einigung über die Entschädigung der ZwangsarbeiterInnen und dem Holocaust-Mahnmal einen Schlussstrich unter die Geschichte des Nationalsozialismus zu ziehen. Es geht den PolitikerInnen in der angezeigten Debatte um den Rechtsextremismus daher insbesondere um das Bild Deutschlands in der internationalen Öffentlichkeit.

Wie bereits in der Debatte um die Entschädigung der ZwangsarbeiterInnen spielt vor allem die Sorge um den Wirtschaftsstandort Deutschland eine entscheidende Rolle. Dies erklärt auch das Bekenntnis der deutschen Wirtschaft gegen faschistisch eingestellte Menschen. So äußerte BDI-Hauptgeschäftsführer Ludolf von Wartenberg Anfang August gegenüber der *Financial Times*, der BDI befürchte wegen der anhaltenden Übergriffe auf AusländerInnen »dramatische Auswirkungen auf die Investitionen von ausländischen Konzernen in Deutschland«. So wird aus einer nationalistischen und kapitalistischen Motivation heraus Position gegen Rassismus und Antisemitismus bezogen.

Gleichzeitig betreiben die verantwortlichen PolitikerInnen aber eine rassistische Politik: Die praktizierten Asylverfahren, Abschottungspolitik und die unzureichende Neuregelung des Staats-

bürgerschaftsrechtes sind nur einige Beispiele. Die faschistischen und antisemitischen Tendenzen in der Gesellschaft wurden stets verharmlost, um nicht selber ins Schussfeld der Kritik zu gelangen. Entsprechend funktionieren auch die Deutungsmuster der PolitikerInnen für die zahllosen Übergriffe auf JüdInnen oder auf als fremd angesehene Menschen: Der Staat selber wird in diesem Zusammenhang nicht hinterfragt. So steht hinter dem Vorstoß von Günther Beckstein (CSU) bei der Diskussion um das NPD-Verbot das Ziel, selber offener für eine rassistische Politik eintreten zu können.

Anstatt die strukturellen Probleme der FaschistInnen auszunutzen, um diese so noch weiter zu schwächen, übt der Staat durch das Thema »NPD-Verbot« von außen Druck auf die Neonazi-Szene aus. Dessen Folge ist ein zumindest zeitweise festerer Zusammenhalt unter den FaschistInnen. Eine wirkliche Analyse und Bekämpfung der faschistischen Strukturen und Einstellungen innerhalb der Gesellschaft wird nicht angestrebt.

Entsprechend reagiert der Staat auf die verstärkten Aktivitäten der Neonazis mit repressiven Maßnahmen: Angedacht sind der Einsatz von BGS-Truppen, stärkere Sicherheitsmaßnahmen in Straßenbahnen und auf öffentlichen Plätzen (Videoüberwachung) und eine Einschränkung des Demonstrationsrechts. Auffällig ist bei diesen Maßnahmen, dass sie gegen politisch motivierte Gewalt allgemein angewandt werden sollen. Daher steht zu befürchten, dass die geplanten gesetzlichen Verschärfungen gegen die Neonazis nur als Test dienen, um sie später vor allem gegen linke Gruppierungen einzusetzen.

## Wählen gehen!

### 4.12. bis 8.12.:

**Wahlen zum StudentInnenparlament und zu Fachschafts- und Fakultätsvertretungen bzw. Fachschaftsräten**

**Für das StudentInnenparlament:  
ALTERNATIVE LISTE**

**Für Fachschafts- und Fakultätsvertretungen: Fachschafts- und Vollversammlungslisten. An der Jura: AKJ.**

Das StudentInnenparlament als höchstes beschlussfassendes Gremium der StudentInnenschaft wählt den AStA und beschließt über den Haushalt, der aus einem Anteil an den Rückmeldebeiträgen gespeist wird. Die ALTERNATIVE LISTE ist seit ihrer Gründung 1984 die größte linke Fraktion im SP. Neben SP und AStA werden Fachschaften und Fakultätsvertretungen, die die StudentInnenschaft eines Faches bzw. einer Fakultät vertreten, ebenfalls per Urne gewählt. Urnen stehen in fast allen Uni-Gebäuden. ErsthörerInnen und Deutschkurs-TeilnehmerInnen können an jeder Urne unter Vorlage ihres StudentInnen- und Lichtbildausweises wählen. Deine Stimme hilft, das Gewicht unserer StudentInnenvertretung zu stärken.

## AStA-Wechsel sofort!

Service, Information und Politik – diese Trias macht einen kompetenten Allgemeinen StudentInnenausschuss (AStA) aus. Die Ausgestaltung dieser Arbeitsbereiche liegt in der Hand derjenigen Hochschulgruppen, die bei den StudentInnenparlamentswahlen vom 4. bis 8. Dezember die Mehrheit im StudentInnenparlament (SP) erhalten werden.

Der momentan amtierende AStA wird seit anderthalb Jahren von den Unabhängigen (Unabs), dem Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) und der selbsternannten FachschafterInnenliste Lust gebildet. Wenn man die Arbeit des rechten AStA betrachtet, zeigt sich, dass diese Koalition Service als Sozialabbau, Information als lästig und Politik als überflüssig begriff.

So werden die Serviceleistungen des AStA immer weiter abgebaut. Jahrelang sahen linke ASten ein ausführliches und kostenloses Sozialinfo als unabdingbar an. Der Unabs/RCDS/Lust-AStA war jedoch monatelang nicht in der Lage, eine Neuauflage dieses Standardwerks zu produzieren. Kurzerhand gab die Alternative Liste ein *Kompodium zu Fragen studentischer Lebenshaltung* heraus, obwohl ihr im Gegensatz zum AStA keine studentischen Beitragsgelder

zur Verfügung standen. Daraufhin verklagte der AStA die beiden AutorInnen. Nach dem ersten Gerichtstermin zog er die Klage zurück und verschwendete damit über 7000 Mark an studentischen Geldern für dieses von vornherein aussichtslose und politisch motivierte Verfahren.

Erst zehn Monate nach Amtsantritt gab der AStA dann ein Sozialinfo heraus – die Daten waren zum Teil veraltet, der immens wichtige BAföG-Teil fehlte völlig. Weiteres AStA-Versagen: Die kostenlose Rechtsberatung findet mittlerweile nur noch unregelmäßig statt, die Zeiten der AusländerInnenberatung wurden auf die Hälfte zusammengestrichen, der bisherige Betreuer der Sammelklagen gegen die 18. BAföG-Novelle wurde durch ein völlig untätiges RCDS-Mitglied ersetzt. Dieses merkte nicht einmal, dass ein Teil der KlägerInnen die Klage gewonnen hatte.

Die Alternative Liste möchte den von ihr aufgebauten Servicebereich im AStA wiederherstellen. Die Beratungszeiten müssen ausgebaut werden, es müssen endlich wieder Informationsveranstaltungen durchgeführt und Broschüren aufgelegt werden. Auch dieses Jahr hat die AL die Untätigkeit des AStA durch eine Neuauflage des *Kompodiums* kompensiert.

Auch die Informationspolitik des AStA lässt zu wünschen übrig: Gerade die *Rückmeldung*, die Wochenzeitung des AStA, beschränkt sich auf teure Vierfarbdruck-Titelblätter und Beschimpfungen oppositioneller Hochschulgruppen, während nicht von ungefähr nur wenig über die eigene Arbeit zu lesen ist. Der Rechts-AStA lehnt eine transparente AStA-Arbeit ab und weigert sich kategorisch, im StudentInnenparlament, dem er Rechenschaft schuldig ist, über seine Tätigkeiten Bericht zu erstatten.

Die Alternative Liste tritt dagegen für eine transparente AStA-Arbeit und kompetente Informationspolitik ein. Wir geben die mehrmals im Semester erscheinende Zeitung *AL-Info* heraus, um kritisch über die aktuellen Geschehnisse an den Hochschulen und in der Gesellschaft zu informieren.

Auch der politische Bereich ist beim Rechts-AStA ein Trauerspiel. Er weigert sich, studentische und andere soziale Bewegungen zu unterstützen. Den Lippenbekenntnissen gegen Studiengebühren und Stellenstreichungen folgten keine Taten. Mit dem bundesweiten Aktionsbündnis gegen Studiengebühren (ABS) arbeitet der AStA nicht zusammen. Die Alternative Liste war hingegen maßgeblich an der Durchführung einer Unterschriftensammlung und der Organisation der bundesweiten Demonstration gegen Studiengebühren am 7. Juni in Köln beteiligt.

Alle Anträge der Alternativen Liste im StudentInnenparlament, dieses Bündnis zu unterstützen, wurden von Unabhängigen, RCDS und Lust abgeschmettert.

Auch bei den Protestaktionen gegen die Stellenstreichungen im Rahmen des so genannten Qualitätspaktes verharrete der AStA in einer Zuschauerrolle, während die Alternative Liste gemeinsam mit Fachschaften und Initiativen aktiv wurde. Der an den Protesten ebenfalls beteiligten Uni-Fachschaftenkonferenz wurden vom AStA die Gelder gekürzt und monatelang gesperrt.

Den immer massiver auftretenden Rechtsextremismus bekämpft der AStA nicht: Als eine der ersten Amtshandlungen schaffte er die Referate für Antifaschismus und Antirassismus ab und kürzte später die Gelder des Autonomen AusländerInnenreferats. Ein kürzlich im StudentInnenparlament eingereicherter Antrag der Alternativen Liste auf Unterstützung der antifaschistischen Demonstration gegen den geplanten Naziaufmarsch am 9. Dezember in Köln wurde von der AStA-Koalition nicht zugelassen.

Die Alternative Liste möchte ihre aktive Arbeit gegen politische Missstände in Universität und Gesellschaft in einem linken AStA fortsetzen. Das kann nur gelingen, wenn der AStA sich in politische Aktivitäten einbringt, statt sie zu behindern.